

Das Zwei-Strom-Land

Vom Atommüll zur Windenergie: Kaum ein Land in der Republik beschäftigt die Energiewende stärker als Niedersachsen.

VON MARGIT KAUTENBURGER

Gorleben/Hannover. Im berühmtesten Bergwerk des Landes herrscht Pause wieder einmal. Bundesumweltminister Peter Altmaier hat die Erkundung Ende November überraschend gestoppt - zumindest bis nach der Bundestagswahl im Herbst 2013. Der CDU-Politiker will damit den Weg frei machen für eine neue Endlagersuche, die von allen Parteien getragen wird. Was die Gorleben-Kritiker freut, bereitet den Gorlebener Bergleuten schlaflose Nächte. „Ist das der Anfang vom Ende?“, fragen sich die Kumpel. Hinter dem massiven Sicherheitszaun der Schachtanlage im Wald von Gorleben ist der Frust gewaltig. „Wir fühlen uns verraten und verkauft“, sagt Betriebsratschef Peter Ward.



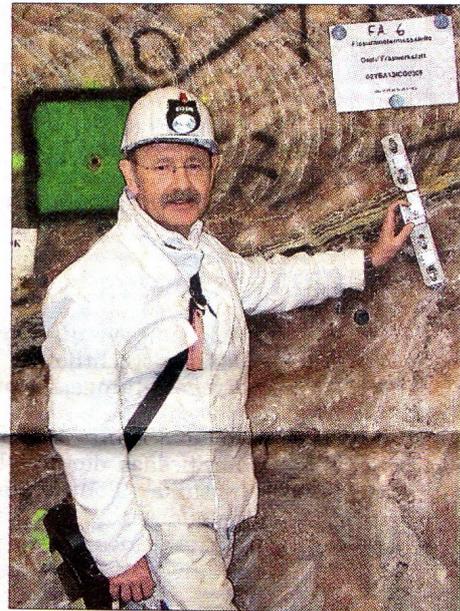
- "Eine verkorkste Geschichte" - Seit November 2012 steht die Erkundungsarbeit in Gorleben still

Zwar sollen die rund 200 Bergleute ihre Jobs vorerst behalten. Dennoch bangen sie um ihre Zukunft. Schon einmal hatte die Politik in Gorleben ein Moratorium verordnet. Damals war es die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder, die die Erkundung vom Jahr 2000 an für zehn Jahre stoppte. Von 300 Bergleuten blieben kaum mehr als 70 in Lohn und Brot. Als es weiterging, musste mühsam eine neue Belegschaft zusammengesucht werden. Und jetzt, kaum zwei Jahre später, kommt der nächste Stillstand. „Dieses Hin und Her macht uns kaputt“, sagt Ward.

Der Geotechniker vertritt die Interessen der Gorleben-Bergleute seit erst seit zweieinhalb Jahren. Ward und seinen Kollegen ist im Grunde klar, dass die Arbeit in dem Endlagerbergwerk ziemlich abrupt enden kann, dann nämlich, wenn sich der Salzstock als nicht geeignet herausstellen sollte. „Als ich mich hier bewarb, haben mich viele gewarnt“, erzählt Ward. Gorleben sei ein Politikum, da wisse man nie, was auf einen zukomme, ließen ihn Freunde wissen. Das ist jetzt 20 Jahre her. Und natürlich wächst mit der Zeit die Hoffnung, dass es weitergeht in Gorleben.

Der heute 56-Jährige ließ sich jedenfalls von der unsicheren Perspektive nicht abschrecken. Nach etlichen unsteten Jahren in der Erdölbranche, in denen er viel in der Welt herumkam,

habe es seiner Frau gereicht. „Mit zwei Kindern musst du langsam mal sesshaft werden“, habe sie ihm nahegelegt. So bewarb sich der gebürtige Engländer bei der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), einer Tochterfirma der Atomwirtschaft, die den Salzstock Gorleben im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) erkundet. Seitdem geht es bei der politischen Jahrhundertfrage der Atommüllentsorgung für Ward immer auch um etwas ganz Persönliches: um seinen Arbeitsplatz. Ward lebt in der Samtgemeinde Gartow, zu der auch das Dörfchen Gorleben gehört. Seine Töchter sind hier aufgewachsen, er selbst spielt Golf und ist seit Jahren Jugendwart im örtlichen Tennisklub, „Ich lebe gerne hier und will bleiben“, sagt er. Das aber sei für ihn kein Argument, den Salzstock für geeignet zu erklären, stellt Ward klar. „Sollte es Zweifel an dem Standort geben, dann werde ich das auch laut sagen“, versichert er.



„Wir fühlen uns verraten und verkauft“: Gorleben-Betriebsrat Peter Ward.

Die Gorleben-Gegner bezweifeln das. Sie werfen der DBE vor, den Standort gesundzubeten. Gorleben sei 1977 aus politischen Gründen ausgewählt worden, die Geologie habe kaum eine Rolle gespielt, kritisieren sie. Von Anfang an seien die Sicherheitskriterien dem Salzstock angepasst worden, kritisiert nicht nur die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Auch kritische Wissenschaftler vertreten seit Langem diese Auffassung. Solche Unterstellungen täten ihm „richtig weh“, sagt Ward. „Da steht unsere Ehre auf dem Spiel. Wir machen hier ehrliche Arbeit“, betont er. Dennoch schlägt der vorwiegend mit Messtechnik befasste Bergmann ungewohnt versöhnliche Töne an, wenn es um die Zukunft Gorlebens geht. „So wie bisher kann es nicht weitergehen“, betont Ward. „Solche Großprojekte kann man heute nicht mehr einfach durch boxen.“ Auch will er nicht abstreiten, dass in Gorleben viele Fehler gemacht wurden. Die Auswahl des Standorts sei eine verkorkte Geschichte, räumt er ein. „Und heute würde man auch das Zwischenlager für die Castor-Behälter nicht mehr in die Nähe des Erkundungsbergwerks setzen“, sagt er. Denn durch die Ansammlung des hochaktiven Mülls in dem oberirdischen Lager in der Nähe des Endlagerbergwerks werde der Eindruck erweckt, es würden Fakten geschaffen. Die Erkundung des Salzstocks verläuft nach offiziellen Angaben ergebnisoffen. Für Zweifel an der Geologie sieht Betriebsrat Ward bislang keinen Grund. „Politisch gefärbte Wissenschaft“ nennt er Studien, die die Eignung des Salzstocks infrage stellen. Allerdings sind es gerade die Gorleben-Befürworter, die sich derzeit in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegen genau diesen Vorwurf wehren müssen. Seit zweieinhalb Jahren beschäftigen sich Bundestagsabgeordnete in Berlin mit der Frage, ob Gutachten zugunsten Gorlebens politisch manipuliert wurden. Trotz aller Gegensätze - Ward will die alten „Schützengräben“ verlassen, wirbt für gegenseitiges Vertrauen und Respekt und lässt sich zuweilen auch auf Veranstaltungen der Gegenseite blicken. „Meine Kollegen haben mich zuerst für bekloppt erklärt“, verrät er. Doch mittlerweile stünden die meisten hinter seinem Kurs. Für die Arbeitsplätze im Endlagerbergwerk sieht der Betriebsrat auch dann eine Zukunft, wenn andernorts weitere Standorte untersucht werden sollten. In Gorleben, meint Ward,

könnte unabhängig davon ein „Kompetenzzentrum“ für die Endlagersuche entstehen. Nirgendwo sei so viel Wissen über die Endlagerung angehäuft worden wie in Nordostniedersachsen. Dort gebe es neben Gorleben immerhin zwei weitere Endlagerstandorte, Schacht Konrad in Salzgitter und das marode Lager Asse bei Wolfenbüttel. Hinzu komme das alte DDR-Endlager Morsleben gleich hinter der Grenze zu Sachsen-Anhalt bei Helmstedt.

Nach Ansicht Wards wäre es ein großer Fehler, all dieses Wissen verloren gehen zu lassen. Vielmehr könne es für die Entwicklung international gültiger Standards für die neue Endlagersuche genutzt werden. Dabei will Ward ausdrücklich auch die Erfahrung von Bürgerinitiativen und kritischen Experten einbeziehen, ähnlich wie es jetzt im Fall des maroden Endlagers Asse passiere: „So könnte Gorleben doch noch von einem negativen zu einem positiven Symbol werden“, hofft der Betriebsrat. Im Wendland, dort wo sie schon so lange gegen die Atomlager kämpfen, dürften seine Pläne kaum auf Begeisterung stoßen.